

Verkaufte „Einigkeit“ 2  
Kleingärtner protestieren

Zweimal Deutschlernen 3  
Geschichte einer Integration

# 8 Euro Mindestlohn jetzt!

## Linkspartei.PDS und WASG starten bundesweite Kampagne

Am 1. Mai startete nun die Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde - und das ist gut so. Denn rund vier Millionen Menschen arbeiten zu Armutslöhnen, die weit darunter liegen und davon bereits etwa 900 000 Menschen zu Löhnen unterhalb von Hartz IV.

Was aber tut die Große Koalition des Sozialabbaus? Ihr fällt nichts anderes ein, als das Renteneintrittsalter und die Mehrwertsteuer zu erhöhen, noch mehr Kürzungen bei Hartz IV vorzunehmen und den Kündigungsschutz weiter abzubauen.

Mit diesen Massnahmen wird wiederum nicht die Massenarbeitslosigkeit bekämpft. Lediglich bekommen wieder diejenigen mehr, die viel haben in unserem Land, und die Masse der Menschen wird ärmer. Auch deshalb ist die Forderung nach einem Mindestlohn richtig!

Der Mindestlohn verhindert das Armutsrisiko trotz Arbeit. Er verhindert Lohndumping und sichert Tarifgrenzen nach unten. Er stärkt die Gewerkschaften und damit alle, die eine Arbeit haben oder eine suchen. Er stärkt die private Kaufkraft, kurbelt die Binnennachfrage an und schützt Arbeitsplätze.

Wir wollen vor Ort Bündnisse knüpfen mit Gewerkschaftsgliederungen und außerparlamentarischen Initiativen, mit Sozialverbänden und Kirchen, die gleiche Anliegen haben. Gemeinsam wird man uns nicht übersehen und -hören können bei Protesten und Demonstrationen.

**Klaus Rathmann, Bezirksvorsitzender der Linkspartei.PDS Reinickendorf**



1. Mai 2006

Foto: J. Schimrock

### Entwicklung der Reallöhne

1995 – 2004 in Prozent

Deutschland	-0,9
Spanien	5,4
Belgien	6,4
Frankreich	8,4
Niederlande	11,9
Dänemark	15,6
Irland	19,4
Großbritannien	25,2
Schweden	25,4

### Mindestlöhne in Europa

Belgien	7,48 Euro
Frankreich	8,03 Euro
Großbritannien	7,36 Euro
Irland	7,65 Euro
Luxemburg	8,69 Euro
Niederlande	7,96 Euro
Portugal	2,62 Euro
Spanien	3,78 Euro

Bundesweite Demonstration am 3. Juni 2006, 13 Uhr, in Berlin, Alexanderplatz  
**„Schluß mit den Reformen gegen uns!“**  
Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg!  
[www.protest2006.de](http://www.protest2006.de)  
[www.8euro.de](http://www.8euro.de)

# Verkaufte „Einigkeit“

## Kleingartenräumung: Bezirksamt war stumm

Wut herrscht auf der Kleingartenanlage „Einigkeit“ an der Oranienburger Straße in Wittenau. Bis zum 20. November 2006 muß der Südteil mit 28 der insgesamt 132 Parzellen geräumt werden. Nachdem der Liegenschaftsfonds im Januar das Gelände an einen Investor verkauft hat, sollen dort neben einem Autohaus und einer Kfz-Werkstatt auch kleine Geschäfte entstehen. Die Kolonie gibt es seit 1920, bis 1964 bestand sie aus 1410 Parzellen, dann kam das Märkische Viertel. Der Bebauungsplan, der dort Gewerbenutzung vorsieht, ist von 1965. Zu Recht fragen sich die Kleingärtner, warum nun plötzlich das Aus kommt, obwohl es genug Gewerbeflächen im Bezirk gibt.

de dem Liegenschaftsfonds zu übertragen, habe man nicht verhindern und keine Verlängerung der Schutzfrist durchsetzen können.

Richtig ist aber: Der Kleingartenentwicklungsplan, eine Forderung der PDS im Koalitionsvertrag, wurde vom Senat 2004 beschlossen. Er schreibt die Verlängerung der Schutzfristen für Kleingartenanlagen fest. 81 Prozent der kommunalen Kleingartenflächen sind nun bis 2014 und vier Prozent bis 2010 geschützt. Für etwa ein Viertel der Reinickendorfer Kolonien gibt es Bebauungspläne. Der Rat der Bürgermeister (RdB) gab 2003 mehrfach Stellungnahmen dazu ab, eine Äußerung Reinickendorfs findet sich darin nicht! Am 23.10.03 stimmte der RdB der Verlängerung des Schutzstatus von Kleingartenflächen zu - mit Änderungswünschen von neun Bezirken. Reinickendorf war nicht dabei! Lediglich für ein Prozent der Kleingartenflächen lief die Schutzfrist zum 31.12.04 aus, darunter ist der Südteil der „Einigkeit“. Dr. Wegner im „Nordberliner vom 2.2.06 : „Der Bezirk hatte sich für eine Verlängerung dieser Schutzfrist ausgesprochen, doch das wurde im Senat unter Strieder abgelehnt.“ Ein seltsam stummer Protest des Bezirksamtes!

Der von der BVV im April beschlossene Antrag der CDU-Fraktion, man bedauere, dass der Senat im Jahr 2004 trotz der vorhandenen Flächenreserven für Gewerbeansiedlungen im Bezirk nicht für alle Kolonien einer Verlängerung der Schutzfristen über den 31.12.04 hinaus zugestimmt habe, ist ein Lippenbekenntnis, das den 28 Pächtern der „Einigkeit“ leider nicht mehr helfen wird. Das Bezirksamt hätte 2003/04 seine Hausaufgaben machen müssen!

den Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde in Frage stellen. Wir verweisen auf die langjährige gute Integration der Ahmadiyya-Gemeinde in Reinickendorf, wie dies auch die Bezirksbürgermeisterin Wanjura mehrfach betont hat.

Die BVV von Reinickendorf spricht sich für ein friedliches Zusammenleben aller Religionen und Kulturen im Bezirk Reinickendorf aus.

## BVV-Splitter

49. Sitzung, 5.4.2006

Beobachter der BVV überkam ein seltsames Gefühl, als - aus der März-Sitzung - erneut die Diskussion über einen möglichen (Teil-)Verkauf von GeSoBau-Wohnungen auf der Tagesordnung stand. Verlieft die Debatte zu Beginn noch in moderaten Grenzen, wurde der Ton schärfer, als Stadtrat Senftleben, auch SPD-Kreisvorsitzender, das Wort ergriff. Bezirksbürgermeisterin Wanjura, auch stellvertretende CDU-Landesvorsitzende, rief in Folge zu einer außerordentlichen Bezirksamtssitzung.

Nach längerer Unterbrechung durfte Stadtrat Senftleben weiterreden. Die Fraktionen von CDU und SPD beeilten sich zu versichern, dass sie gegen einen Teilverkauf wären, unterstellten aber der jeweils anderen Partei das Gegenteil. Das Wahlkampfgetöse endete mit einem Mehrheitsbeschluss, die BVV begrüße *sämtliche Aktivitäten in allen Gremien und auf allen politischen Ebenen, die dazu führen, dass die ursprünglich für dieses Jahr geplanten Teilverkäufe von ca. 2.500 Wohnungen der Gesobau im Märkischen Viertel an einen oder mehrere private Investoren unterbleiben. Sie fordert alle im und für den Bezirk Reinickendorf tätigen politischen Kräfte auf, sich auch künftig mit ihrer ganzen Kraft derartigen Bestrebungen zu widersetzen.* (Drs.-Nr.:1380/XVII)

Im Weiteren wandte sich die BVV gegen die **Ausgrenzung von Mitbürgern** im Bezirk und missbilligte jede Form von Geschäftspraxis..., die es unseren Mitmenschen nicht erlaubt, aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe oder Lebensweise an gesellschaftlichen oder sozialen Ereignissen teilzunehmen (Drs.-Nr.: 1401/XVII).

Ein **Konzept** des Bezirksamtes für die **Werbung zur Teilnahme an der BVV-Wahl 2006** für die Altersgruppe **der 16- bis 18-Jährigen** wurde zur Kenntnis genommen (Drs.-Nr.:1291/XVII).

Auf Antrag der SPD wurde das Bezirksamt ersucht, zum 30.9.2007 einen ersten Entwurf eines **Nachnutzungskonzeptes für den Flughafen Tegel** vorzulegen (Drs.-Nr.: 1415/XVII).

Überwiesen an den Wirtschaftsausschuss wurde ein SPD-Antrag zur Erarbeitung eines **Entwicklungskonzeptes Borsighafen** (Drs.-Nr.: 1416/XVII)

G.K./K.G.



Nur Mahnung oder schon Voraussicht?

Foto: J. Schimrock

Der Vorsitzende des Bezirksverbandes der Kleingärtner Werner Wegener (auch Bürgerdeputierter der CDU in der BVV) ist auf das Bezirksamt sauer, besonders auf Baustadtrat Dr. Wegner (CDU). „Die hatten doch noch nie etwas für die Kleingärtner übrig“, schimpft er im „Berliner Gartenfreund“ vom April und wirft dem Bezirksamt Untätigkeit vor. Bereits die Übertragung des Geländes an den Liegenschaftsfonds vor fünf Jahren gefährdete die kleingärtnerischen Nutzung. Dagegen meinte Bezirksbürgermeisterin Wanjura (CDU), dass vom Bezirksamt alles unternommen worden sei, die Teilfläche für kleingärtnerische Nutzung zu erhalten. Die Entscheidung des damaligen Stadtentwicklungssenators Strieder, das Gelän-

## Wir dokumentiert Ahmadiyya-Moschee

Antrag der Fraktion B90/Grüne an die 50. Sitzung der Reinickendorfer BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen: Die BVV von Reinickendorf verurteilt die Ereignisse im Bezirk Pankow, die

# Geschichte einer Integration

## Aber: Wieso stellt sich die Frage nach der Deutsch-Ochserei heute ganz anders als seinerzeit für Hamza Dogan?

Als er 1979 von seinen Eltern in die Bundesrepublik nachgeholt wurde, ein 17-jähriger Bursche, musste er erst einmal neun Monate zur Volkshochschule. Er sollte deutsch lernen und in ein paar industrielle Techniken hineinschnuppern.

Die Teilnahme an diesem Kurs war Voraussetzung für die Arbeits-erlaubnis. Hamza Dogan fand das ganz richtig, und danach hatte er ja auch gleich Arbeit. Als er die Werkhalle betrat, die Waschmaschinenmontage bei Siemens-Bosch, hätte er sich allerdings fragen können: Wofür die ganze Ochserei mit der deutschen Sprache? Er war umgeben von türkischen Landsleuten, und wenn der Meister was zu sagen hatte, brachte er einen Dolmetscher mit.

Hamza Dogan hat diese Frage damals nicht gestellt. Seine Überlegungen gingen eher so: Mein Leben ist da, wo ich arbeiten kann, wo ich eine Familie gründen und Kinder großziehen kann. Also in Deutschland, und ich werde lernen zu sprechen, wie man hier spricht, und mich an das zu halten, woran man sich hier hält.

Die Frage nach dem Lernen und nach der deutschen Sprache ist wieder aktuell. Nicht für Hamza Dogan, aber für viele Immigrantenfamilien und ihre Kinder (und für viele deutsche auch). Sie stellt sich jetzt aber um ein Entscheidendes anders: Wozu die Ochserei, wenn du danach weder Berufsausbildung noch Arbeit bekommst? Wenn das einzige, was dich auffängt, das Netz von Verwandten und Bekannten ist, die Pflege der Landsmannschaft oder der Glaubensgemeinschaft? Integration wird eingefordert, doch wie soll sie laufen?

Bei Hamza Dogans Familie ist das wesentlich über die Arbeit, das Lernen und die Nachbarschaft mit Eingeborenen geschehen. Er hat ein Mädchen lieben gelernt und geheiratet, eine Türkin, und sie haben drei Kinder bekommen. Fragen des tradierten Verhältnisses zwischen

Mann und Frau klären sich von selbst, wenn die Frau im Interesse des Familienaufkommens arbeiten geht und eigenes Geld nach Hause bringt. Und wenn beide darauf achten, dass die Kinder in der Schule gut lernen und höflich und ordentlich sind. „Natürlich sind wir zu den Elternabenden gegangen, und natürlich haben wir die Hausaufgaben kontrolliert, auch wenn wir selbst nicht alles verstanden.“

Der Älteste hat ein sehr gutes Abitur gemacht und studiert Jura, der zweite steht vor dem Abitur, dem der Vater hoffnungsvoll-skeptisch entgegenseht. Die Jüngste ist in der 11. Klasse. Wen die Kinder mal heiraten sollen? „Weiß ich, wen sie sich ausgucken und wann das ist? Ich hoffe, sie werden mich um meine Meinung fragen. Entscheiden müssen sie selbst, es ist ihr Leben.“

Hamza Dogan ist nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist deutscher Staatsbürger geworden. Mit der Türkei hält er es wie viele seiner türkischen Bekannten: Man fährt dorthin im Urlaub und zum Verwandtenbesuch, und dann kommt man „nach Hause“ zurück.

Aber zu Hause in Deutschland läuft etwas schief. Das hat auch Hamza Dogan zu spüren bekommen. 1994 machte seine Fabrik dicht, er war das erste Mal arbeitslos und dann noch öfter. Jetzt betreibt er eine kleine Frischbäckerei mit Frühstücks- und Kaffeeangebot. Seine Frau hatte ihm das vorgeschlagen, weil sie derzeit selber in einem derartigen Laden half und meinte, wenn sie das gelernt habe, könne er das auch. Vermutlich hat sie gesagt: erst recht.

Hamza Dogan hat sein Problem erstmal geregelt. Aber er fragt sich, und das ist eine sehr deutsche Frage: Unverändert etwa fünf Millionen Arbeitslose im Lande - das ist noch viel mehr Ausgegrenztheit und vielleicht auch Wut aufeinander. Wer sagt, wie wir das ändern? Ist das nicht die Hauptaufgabe der Politik?

Hans Schuster



Hamza Dogan, Reinickendorfer, betreibt eine Frischbäckerei in Charlottenburg

## Zum Thema

**Integrationspolitik ist keine Notlagenpolitik, sondern Gesellschaftspolitik in einer Einwanderungsgesellschaft. Die Linkspartei.PDS verschließt nicht die Augen vor den besonderen Problemen in Bezirken und Kiezen mit einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten. Aber diese Menschen sind nicht selbst das Problem, sondern sie sind durch die neoliberale Bundespolitik in besonderem Maße getroffen und betroffen. Deshalb hat die Linkspartei.PDS ein Integrationskonzept initiiert, das mit Bildung, Ausbildung und Arbeit sowie politischer und kultureller Teilhabe Schwerpunkte in der Integration setzt.**

*Aus dem Landeswahlprogramm der Linkspartei.PDS*

**Tatsächliche Integrationsprobleme werden mit Terrorismus- und Islamismusgeschichten vermischt. Alles dreht sich um den angeblich mangelnden Integrationswillen von Migranten. Fast nichts dreht sich um die Versäumnisse deutscher Zuwanderungspolitik.**

*Stefan Liebich (Fraktionsvorsitzender) vor dem Abgeordnetenhaus Berlin am 25.11.2004 in einer Aktuellen Stunde zur Integration*

Am 31. Dezember waren in Berlin 460 000 Einwohner mit ausländischem Pass gemeldet, das sind 13,8 Prozent der Berliner Bevölkerung

Mit uns gemeinsam in Reinickendorf leben 23 539 Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass. In Reinickendorf-West und in Reinickendorf-Ost beträgt der Anteil mehr als 15 Prozent.

In Berlin leben etwa 230 000 Musliminnen und Muslime. Nur etwa 3 700 von ihnen sind in Moscheen organisiert



# „Ohne Visionen werden die Menschen wild und wüst“

## Zu Gast im Roten Laden: Prof. Dr. Dieter Klein

Eine gemeinsame Programmgruppe von Linkspartei.PDS und WASG hat im Februar 2006 **Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland** vorgestellt. Die Eckpunkte sind kein Entwurf für ein Parteiprogramm. Sie sind eine Einladung zur Diskussion, nicht nur an die Mitglieder beider Parteien und Fraktionen, sondern an abhängig Beschäftigte und Selbständige, an Erwerbslose und Gewerkschafter, an Mitglieder sozialer Bewegungen, Initiativen, Vereine und Verbände, an Wissenschaftler - kurz an alle, die sich für linke Politik interessieren.

Für die Linkspartei.PDS gehört Dieter Klein der Programmgruppe an. Der 74-jährige Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler hat wohl wie kein anderer das programmatische Profil der PDS geprägt.

Programmatische Aussagen der Partei - vom außerordentlichen Parteitag der SED/PDS (Dezember 1989) bis zum Chemnitzer Parteitag

(2003) - tragen seine Handschrift, gewogen und angereichert in einer Vielzahl von politischen Debatten und wissenschaftlichen Beiträgen zur „Entwicklungslogik der Menschheit“ und zu „Reformalternativen“. Für ihn zählt das bessere Argument, nicht die ewige Wahrheit. Er zitiert Heinrich Heine und jüdische Weisen, Brecht und Heiner Müller. Ein Spruch über Konfuzius hängt in seinem Arbeitszimmer in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wo er als Vorsitzender der Zukunftskommission arbeitet.

„Dreierlei sollte die künftige vereinte linke Partei meiden“, hielt er kürzlich in einem Beitrag fest: „das pure Nein ohne Alternativen, das visionslose Handeln im Gegebenen und die Vision ohne Veränderung der Gegenwart. Demokratischer Sozialismus ist nach meiner Überzeugung ein guter Begriff dafür“ (Neues Deutschland, 3./4.12.2005).

Am 1. Juni 2006 ist Dieter Klein zu Gast im „Roten Laden“.

## Am Rande

### Julchen poppte für die CDU

Die diesjährige Mai-Demonstration der Reinickendorfer Jungen Union stand unter dem Motto „Poppen gegen den Sozialismus“. Nicht, was Sie nun wieder denken! Die etwa 20 jungen Leute haben auf der Tegeler Seepromenade kleine Portionen Popcorn verteilt.

Wenn es denn hilft. Die bisherigen Mai-Demonstrationen von Julius und Julchen Reinickendorf haben ja immer gerade noch das Schlimmste verhindert: Essen gegen Sozialismus, Golfen gegen Sozialismus, Steine werfen gegen Sozialismus, Arbeitsplätzchen gegen Sozialismus, Europa gegen Sozialismus, Regierungen stürzen gegen Sozialismus... Doch, so hießen die.

Aber wenn jemand beim angekündigten Poppen an was Anderes gedacht haben sollte, dann war das doch wieder nicht so weit ab. „Als Vertreter junger Bürger im Bezirk setzte die Junge Union ein Zeichen, wie wichtig die Förderung junger Menschen und Familien ist.“ Das sollte allerdings kein Vorwurf sein gegen die angestammte CDU-Politik der sozialen Verunsicherung, des Drucks auf die Löhne und die Arbeitsverhältnisse oder speziell in Berlin gegen die Geschäftemacherei auf Kosten des Stadtsäckels. Da hätte man ja gleich zur Kundgebung der Gewerkschaften gehen können.

Bei der Demonstration habe es übrigens viele gute und friedliche Gespäche mit den Bürgern gegeben. Das möchte wohl sein: es staubt so schrecklich, wenn man beim Popcorn-Kauen spricht.

Hoffentlich hat Julchen selbst genügend Popcorn gegessen.

*Jochen Eser*

Mehr zum Parteineubildungsprozess unter: <http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/diskussion/programmamik/index.htm>

## Politisches Neuland

**Wir haben uns aufgemacht, eine gesamtdeutsche linke Partei mit zu begründen. Für diesen Aufbruch haben wir bereits über 4 Millionen Stimmen erhalten und sind zweitstärkste Opposition im Bundestag. Wie wird die Partei aussehen, die wir bilden? Was werden wir programmatisch und strategisch ausstrahlen? ...**

**(Ein Programm) soll die neue Linke im Verhältnis zu den anderen Parteien kenntlich machen,**

**als eine demokratische Partei, als eine plurale Partei mit unterschiedlichen Traditionen und Strömungen, als eine Partei der sozialen Gerechtigkeit und des demokratischen Sozialismus. Das Programm muss vor allem Auskunft geben, was wir wie in den nächsten fünfzehn Jahren erreichen wollen, was wir vorschlagen, wohin Deutschland und Europa 2020 gehen.**

*Lothar Bisky*

*1.Tagung des 10.Parteitages der Linkspartei.PDS in Halle, 29./30.4.2006*

**Impressum**  
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

**Wir in Reinickendorf**  
wird vom Bezirksverband finanziert.

**Spenden**  
sind ausdrücklich erwünscht:  
Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

## Hier finden Sie uns:



## Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel.  
Öffnungszeiten:  
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr  
Tel.: 4373 2630  
Fax: 4373 2632  
e-mail:  
[reinickendorf@linkspartei-berlin.de](mailto:reinickendorf@linkspartei-berlin.de)  
internet:  
[www.pds-reinickendorf.de](http://www.pds-reinickendorf.de)

## Termine

Freitag, 26. Mai 2006, 9 Uhr  
**Erwerbslosenfrühstück** im Roten Laden. Eine Initiative der Volkssolidarität Reinickendorf

Donnerstag, 1. Juni 2006, 19 Uhr, **Tegeler Dialoge zur Demokratie** – eine Veranstaltungsreihe der „Hellen Panke“, **„Uns aus dem Elend zu erlösen... - Gesellschaft am Scheideweg und die Linke“**,

Referent: Prof. Dr. Dieter Klein, Moderation: Dr. Klaus Gloede, Eintritt: 1,50 Euro, Ort: Roter Laden,